

Tagungsbericht

Göttergestalten wie Ganesha, den elefantenköpfigen Sohn Shivas, und Narisimha, einen Avatar Vishnus, dessen Form halb Mensch, halb Löwe ist. Man lernte den Skana Vale Ashram in Wales kennen, dessen hinduistische Gemeinschaft sich auch um erkrankte Tiere kümmert und sie bis zu deren Tode pflegt. *Richard Gombrich*, der emeritierte Oxforder Professor für Sanskrit und Gründer des *Oxford Centre for Buddhist Studies*, stellte fest, dass es im Mahayana Buddhismus mehr Vegetarier gebe als im älteren Theravada Buddhismus, in dem man sich noch streng an die Lehre des Buddha halte, dass die Mönche das zu essen hätten, was man ihnen in die Bettelschale hineingebe, also auch Fleisch. (Gombrich fügte hinzu, dass diese Pflicht zum Verzehr des Erhaltenen auch für den Fall gelte, dass einem Leprakranken, der seine

Hand über die Bettelschale halte, gerade ein Finger abfällt.) *Sidney Blankenship* vom Stamm der Cherokee stellte die holistische Weltsicht der amerikanischen Indianer dar. Blankenship zufolge hätten die Indianer vor dem Eintreffen der europäischen Eroberer über keine Haustiere verfügt. Erhellend fand ich die Ausführungen des in Südafrika lehrenden Erziehungswissenschaftlers *Kai Horsthemke*, der über den Status von Tieren in afrikanischen Religionen referierte. Seine Untersuchungen diverser afrikanischer Religionen, die trotz ihrer Vielzahl an Bekenntnissen, Riten und Mythologien grundlegende Gemeinsamkeiten aufweisen, sowie der lebensphilosophischen afrikanischen Konzepte von *Ubuntu* (Personwerdung des Einzelnen durch andere Personen, Gemein Sinn) und *Ukama* (Sein in Beziehung, Relationalität) erlauben

Horsthemke zufolge keine romantische Verklärung dieser Religionen. „African religious morality is essentially anthropocentric“, lautete Horsthemkes Resümee. In tierethischer Hinsicht zumindest hat die Ankunft christlicher Missionare und westlicher Großwildjäger in Afrika offenbar nicht viel verändert.

Ob die Oxford Summer School on Animal Ethics Veränderungen brachte? Ja, davon bin ich überzeugt. Es existiert mit dieser Einrichtung nun ein Forum, an dem sich all jene regelmäßig in konzentrierter und kompetenter Form austauschen können, die davon überzeugt sind, dass Religion, Ethik und Mitgefühl für Tiere zusammengehören. Dazu kommt, dass dieser Austausch in einer wunderschönen Stadt bei hervorragenden veganen Mahlzeiten stattfindet.

See you next year in Oxford.

Buchbesprechungen

Interdisziplinarität der christlichen Soziallehre

Peter Schallenberg, Arnd Küppers (Hg.): Interdisziplinarität der Christlichen Sozialethik. Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach, Paderborn: Schöningh 2013, 481 S., ISBN 978-3-506-77782-9.

Als alter Sozialethiker erinnere ich mich gern an die frühe Zeit der Mönchengladbacher Gespräche, an die einfache Unterkunft im Brunnenhof auf dem Abteiberg, seinen stillen, stimmungsvollen Garten in unmittelbarer Nähe von Münster und Rathaus sowie an den eleganten städtischen Ratssaal als Tagungsort. Ich durfte dabei – selbst noch jung – die großen, angesehenen alten Fachvertreter und auch die jüngeren und neuen Kollegen kennen



lernen, begegnete Gästen aus dem nahen Ausland und genoss am Abend im Keller des Hauses bei köstlichen Getränken eine frohe, diskussionsreiche Geselligkeit. Lange reiste ich fast jährlich zu diesen Gesprächen, zuerst aus dem fernen Wien, dann aus Mainz.

Die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle (KSZ), die diese Gespräche seit 1968 als Jahreskonferenzen organisierte, konnte im vergangenen Jahr auf ein halbes Jahrhundert ihres Wirkens zurückblicken und widmete diesem Jubiläum die vorliegende Festschrift. Die KSZ wurde auf Beschluss der Deutschen Bischofskonferenz und in engem Zusammenwirken mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) am 12. Februar 1963 gegründet. Mit der Standort-



wahl schloss man bewusst an die Tradition des deutschen Sozialkatholizismus an. Mönchengladbach war bereits im Kaiserreich und in der Weimarer Republik Zentralstelle des „Volksvereins für das katholische Deutschland“. Dieser versetzte mit seinen Publikationen und Schulungsprogrammen „die Mitglieder der Katholisch-Sozialen Bewegung, der katholischen Arbeitervereine und Sozialverbände sowie der Christlichen Gewerkschaften in die Lage, sich kompetent an der sozial- und wirtschaftspolitischen Debatte zu beteiligen“ (9), bis ihn die Nationalsozialisten 1933 auflösten.

Nach Grußworten von Kardinal Marx, Bischof Mussinghoff und dem Mönchengladbacher Oberbürgermeister Norbert Bude stellt Norbert Trippen im einleitenden Artikel (23–39) als Historiker informativ und spannend die ziemlich komplexe Gründungsgeschichte der KSZ dar, die Probleme, die sich dabei stellten, sowie die Rollen der maßgeblichen Akteure. Die Konzeption der Festschrift orientiert sich jedoch nicht an der Geschichte, sondern an der interdisziplinären Dimension der Christlichen Sozialethik, die sich als aktuelle Wissenschaft notwendig mit den Fragestellungen der vielfältigen sozial- und humanwissenschaftlichen Disziplinen befassen muss, um ihr christlich-ethisches Profil angesichts der „Zeichen der Zeit“ umfassend umsetzen zu können. Peter Schallenberg, der Direktor der KSZ,

und sein Stellvertreter Arnd Küppers liefern dazu in ihrem Beitrag (41–54) den systematischen Einstieg.

Als Herausgeber gelang es ihnen, Experten einer Vielzahl spezieller Bereiche der diversen Teilsysteme als Autoren zu gewinnen, welche es im Sinne der „richtigen Autonomie der irdischen Wirklichkeiten“ (*Gaudium et spes* 36) unternahmen, Themen ihrer Disziplin aus christlich-sozialethischer Sicht zu beleuchten. Das Ergebnis ist eine thematisch facettenreiche Palette von 28 durchwegs interessanten Erörterungen. Wirtschaftsethisch geht es etwa um die Bedeutung des christlichen Unternehmertums für die deutsche christlich-soziale Bewegung, um Entwicklungsökonomik, Vermögenspolitik, unkontrollierte Managermacht und um die Finanzmärkte. Sozialethische Grundlegungsfragen thematisieren den postmodernen Pluralismus, das Verhältnis von Moralthologie und Sozialethik und die Bedeutung der Empirie in der Ethik. Die Rolle der Kirche wird in Beiträgen über ihrem Weltauftrag, ihr Verhältnis zum Demokratisierungsprozess, ihre Sozialverkündigung im Zeitkontext und über die päpstlichen Ansprachen vor der UN-Generalversammlung behandelt. Dazu kommen Arbeiten über Bildungsgerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, zu Solidarität und Subsidiarität als Baugesetzen der europäischen Gemeinschaft, zum sozialethischen Auftrag der Medien, dem

Wandel der gesellschaftlichen Verankerung von Parteien, Religion und Zivilgesellschaft in Deutschland, zu Christ sein und deutscher Politik, zum Verlust der Sorge in der modernen Medizin, zur Korruption, zu Jürgen Habermas und dem Christentum sowie zur Interdisziplinarität der Arbeit des ZdK am Beispiel des Gesetzes zur vertraulichen Geburt.

Zwei geringfügige Anmerkungen möchte ich angesichts dieser durchaus gelungenen, reichhaltigen und anregenden Festschrift doch machen. Erstens: Angesichts der beeindruckenden Themenfülle fällt auf, dass das Thema Familie ausgeblendet wurde, obwohl es in seinen diversen Aspekten ideologisch, politisch und gesellschaftlich ein permanenter Dauerbrenner und zudem gerade heute auch ein zentrales Thema der Kirchen ist. Zweitens: Vielleicht hätte man, ohne das begrüßenswerte Generalkonzept der Interdisziplinarität zu beeinträchtigen, im Anschluss an die Gründungsgeschichte der KSZ oder als Anhang einen Beitrag vorsehen können, der auf das Wirken und die Leistungen der KSZ seit ihrer Gründung Bezug nimmt. Maßgeblich geprägt wurde ihr Profil durch P. Anton Rauscher, der 1963–2010 ihr Direktor war. Außenstehende wissen zu meist wenig vom Aufgabenbereich der KSZ und hätten sich von deren Jubiläumsfestschrift darüber wohl einige Informationen erwartet.

Arno Anzenbacher, Mainz



Wo steht die Umweltethik?

Markus Vogt, Jochen Ostheimer, Frank Uekötter (Hg.): *Wo steht die Umweltethik? Argumentationsmuster im Wandel (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung 5)*, Marburg: Metropolis 2013. 457 S., ISBN 978–3–89518–972–2.

Wissenschaftstheoretische Erörterungen und Methodendiskurse sind ebenso prekär wie notwendig. Sie sind prekär, weil solche Reflexionen in der Gefahr stehen, steril und praxisfern zu werden. Um die-

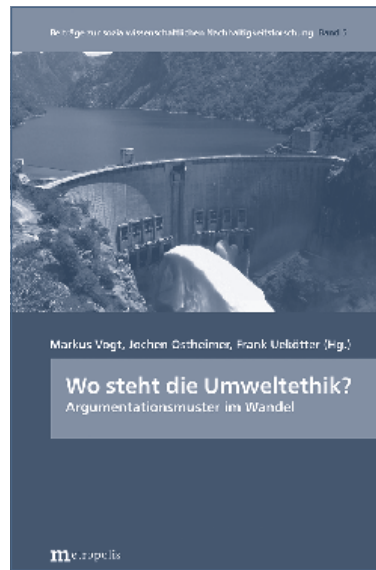
ser Gefahr zu entgehen, werden sie häufig unterlassen. Wo man sie in speziellen akademischen Zirkeln dennoch in Angriff nimmt, wollen die Beteiligten gleichwohl nicht mit dem Stigma der Praxisferne behaftet sein. Daher beantworten sie Fragen nach Nutzen und Notwendigkeit ihrer Tätigkeit in der Regel nicht mit Hinweisen auf die Notwendigkeit wissenschaftlicher Theoriebildungen, sondern mit der Angabe nützlicher Theorieanwendungen. Theorien über Theoriebildungen werden kaum mehr kultiviert. Wenn Ausnahmen

von einer Regel gemacht werden, bedarf dies einer besonderen Begründung (oder einer Regel zur Anwendung von Ausnahmen von Regeln). Dies gilt ausnahmslos vor allem für die Ethik. Ihre Vertreter werden in der Regel mit einer „wenn schon/denn schon“-Regel konfrontiert: wenn schon Theorieproduktion, denn schon mit eindeutigem Praxisbezug. Ob auch theorierelevante Theorien produziert werden, interessiert deutlich weniger. Aber die Ethik hat nicht bloß Begründungspflichten für eine Theorie des Handelns.



zu übernehmen, sondern muss auch die Bringschuld einer Reflexionstheorie erfüllen. Im vorliegenden Band wird diese Aufgabe mustergültig für den Bereich der Umweltethik bewältigt. Theoretiker und Praktiker kommen hier gleichermaßen auf ihre Kosten.

Nach einer kurzen Bestimmung des aktuellen Standortes dieser Disziplin und der Sondierung von Standpunkten innerhalb des umweltethischen Diskurses (11–17) findet sich ein historisch-systematischer Abriss zur Genese der Umweltethik und zur Zentralstellung der (Reflexions-) Kategorie „Natur“ (21–146). Danach folgen Beiträge zur Wertdimension der Umweltethik (149–189) und zur Relevanz des „spatial turn“, der nicht primär die Ansprüche einzelner schutzbedürftiger Größen in der Natur (z. B. Tiere, Pflanzen) ins Zentrum rückt, sondern die räumliche Dimension des „In-der-Welt-Seins“ bzw. „Am-Leben-Seins“ für die Erörterung dieser Ansprüche aufwertet. Die Frage, welchen Einschnitt das „Anthropozän“ für die biologische und sozio-kulturelle Evolution auf der Erde darstellt (259 ff.), leitet über zu Beiträgen, die sich mit Instrumentarien und neuen Herausforderungen der Technikfolgenabschätzung auseinandersetzen (347–394). Breiten Raum nimmt abschließend die Neuver-



messung der ethischen, kulturellen und ökonomischen Aspekte des Nachhaltigkeitskonzeptes ein (397–445).

Der Band beansprucht nicht thematische Vollständigkeit, liefert aber einen instruktiven Querschnitt von Argumentationsmustern, Referenztheorien und Zielstellungen einer im weitesten Sinn „Ökologischen Ethik“. Am ehesten vermisst werden Texte, die dezidiert aus der Perspektive einer „Sozialen Ökologie“ bzw. „Ökologischen Sozialethik“ dem Verhält-

nis von Natur und Gesellschaft nachgehen. Dass solche Beiträge fehlen, verwundert nicht zuletzt angesichts des Erscheinungsortes. Die Programmatik der Reihe „Sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung“ verlangt eigentlich dezidiert nach einer Vernetzung mit umweltsoziologischen und sozialtheoretischen Forschungen, die mit dem „spatial turn“ allein nicht abzugelten sind.

Dieses Desiderat vermag aber die Verdienste des Bandes nicht zu schmälern. Von anderen wissenschaftlichen Disziplinen weiß man, dass es um ihre Reputation und ihre akademische Satisfaktionsfähigkeit nicht gut steht, wenn sie kein interdisziplinäres Einverständnis über ihre Berechtigung und ihre Problemlösungskompetenz finden. Entsprechende Forschungs- und Buchprojekte lösen dann bereits im Planungsstadium keine Resonanz mehr aus. Dass dies für die Umweltethik nicht zutrifft, belegt dieser Band mit Nachdruck. Die Herausgeber haben für ihr Projekt renommierte Autorinnen und Autoren gewonnen. Ihnen ist zu wünschen, dass sie viele Leserinnen und Leser finden, die es ebenfalls an positiver Resonanz nicht mangeln lassen.

Hans-Joachim Höhn, Köln

Wettstreit um Ressourcen

Ulrich Schneckener, Arnulf v. Scheliha, Andreas Lienkamp, Britta Klagge (Hg.): Wettstreit um Ressourcen. Konflikte um Klima, Wasser und Boden, München: Oekom 2014, 278 S., ISBN 978-3-86581-421-0.

Auseinandersetzungen, auch Kriege um Bodenschätze und andere Ressourcen sind in der Menschheitsgeschichte nichts Neues. Und doch verändern sich immer wieder die Ursachen, die Arten und die Gegenstände der Konflikte und ebenso die Bewältigungsstrategien. Die aktuellen Konflikte wie auch die Auseinandersetzungen der näheren Zukunft werden

sich, so die immer wieder zu hörenden Behauptungen, insbesondere um Wasser drehen, und sie werden durch den Klimawandel forciert werden. Was an diesen Ansichten haltbar ist, wird im vorliegenden Sammelband, der auf eine Ringvorlesung an der Universität Osnabrück zurückgeht, umfassend, detailliert und fundiert aus verschiedenen Perspektiven erörtert.

Gegliedert ist das Buch in drei Teile. Der erste Teil führt in die Begrifflichkeit, die Theorien und die Erkenntnisse der Konfliktforschung ein. Der zweite Teil thematisiert klimabezogene Konflikte. Der dritte Teil widmet sich Aus-

einandersetzungen um Wasser und Boden. Anhand exemplarischer Konflikte werden viele grundlegende Erkenntnisse aufbereitet, wobei es allerdings zu manchen Wiederholungen kommt.

Die thematischen Zugänge der Beiträge, die im Umfang z. T. deutlich variieren, lassen sich grob in drei Richtungen untergliedern: Darstellung von Naturprozessen und natürlichen Gegebenheiten, Analyse von Wahrnehmungsmustern und Handlungsprogrammen sowie eine Reflexion auf die wissenschaftliche Forschung, insbesondere darauf, dass sozialwissenschaftliche Forschungen in diesen Bereichen ausgebaut werden müssten; bei-

spielsweise müssten sie auch in den IPCC-Berichten stärker berücksichtigt werden.

Nur einige Inhalte seien knapp ange-rissen: Es wird eingehend analysiert, dass der Zugang zu und der Mangel an Rohstoffen nicht allein ökonomisch, sondern verstärkt unter dem Blickwinkel der Sicherheit betrachtet werden, wofür sich der Fachbegriff der „Versicherheitslichung“ (engl. „securitization“) herausgebildet hat. Diese Sicherheitsdiskurse seien für die Eskalation oder Deeskalation von Konflikten mindestens ebenso bedeutsam wie die faktische Rohstofflage. Des Weiteren wird herausgestellt, dass bewaffnete Konflikte um den Zugang zu Ressourcen nur selten zwischenstaatlich, sondern viel häufiger innerstaatlich stattfänden und dass nicht nur Knappheit, sondern ebenso reiche Rohstoffvorkommen Konflikte auslösen oder anheizen könnten. Ferner sei Wasser in der Vergangenheit kaum eine Ursache gewalttätiger Auseinandersetzungen gewesen, und auch in absehbarer Zukunft seien Wasserkriege unwahrscheinlich. Öl- und Gasvorkommen seien weitaus konfliktträchtiger. Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Konflikten sei unklar.

Mit Blick auf die Klimapolitik sei auch zu beachten, dass nicht nur die Erderwärmung gefährlich sei, sondern dass auch von einer „gefährlichen Emissionsreduktion“ (Edenhofer 64) die Rede sein müsse. Sie könne nämlich sozioökonomische Risiken in sich bergen. Daher müsse sich die Klimaforschung verstärkt um Konzepte bemühen, die politisch umsetzbar seien und also von einem weiterhin anhaltenden moderaten Wirtschaftswachstum ausgingen, was wohl als Spitze gegen die Ideen einer Postwachstums-gesellschaft zu lesen ist.

Einig sind sich die Autoren, dass, auch wenn das persönliche Ethos stets wichtig sei, der Schlüssel zur Konfliktvermeidung auf der Ebene von Institutionen liege. Beispielhaft wird das in den Beiträgen im Teil III zu den Themenfeldern Wasser und Boden herausgearbeitet. Die Einbindung lokaler Akteure in südlichen Ländern in die globalen Märkte wird dabei von mehreren Beiträgern behandelt,



und zwar überwiegend kritisch. So gelangt der UN-Sonderberichtersteller für das Recht auf Ernährung, Olivier de Schutter, zu einem weitgehend negativen Urteil, was die Entwicklung der letzten Jahre angeht; er zeigt insbesondere die Schwächen eines Konzepts der Weltbank auf, das Grundsätze für verantwortungsvolle Investitionen in die Landwirtschaft formuliert.

In der ordnungspolitischen Ursachenanalyse wird in mehreren Beiträgen die Bedeutung der Finanzmärkte für die Entwicklungen im Agrarbereich herausgestellt. Der sprunghafte Anstieg der Lebensmittelpreise 2007/2008, der in zahlreichen ärmeren Ländern zu Versorgungsschwierigkeiten geführt habe, habe einen Wandel bei der Zielsetzung wie auch beim Ausmaß ausländischer Investitionen in die Landwirtschaft hervorgerufen. Auch wenn die Zunahme von Investitionen den Anschein erwecke, es sei eine Ausweitung der Marktmechanismen am Werk, so sei doch in vielen Fällen das leitende Motiv, sich von den Unwägbarkeiten des Weltmarkts unabhängiger zu machen; das gelte sowohl für die reicheren Länder mit geringen landwirtschaftlichen Möglichkeiten als auch für ärmere Länder mit großen landwirtschaftlich nutzbaren Flächen. Die Belange der ortsansässigen Bevölkerung und insbeson-

dere der Kleinbauern würden dabei jedoch vielfach zu wenig berücksichtigt.

Das Buch ist insbesondere analytisch stark. Es klärt verständlich und differenziert über Ursachen und Konfliktmechanismen wie auch über die Entwicklung, die Stärken und Grenzen von Forschungsansätzen auf. Die Notwendigkeit eines Umsterns wird allgemein betont, wenngleich entsprechende Vorschläge fehlen oder im Vagen verbleiben, was Dobner (161) in ihrer Analyse auf den Punkt bringt: „Governance“, das Schlüsselwort in fast allen gegenwärtigen Handlungsprogrammen, sei letztlich nur „Zauberwort und Leerformel“.

Widersprüche werden von den jeweiligen Autoren leider nicht, etwa in nachträglich eingearbeiteten Fußnoten, ausdiskutiert. So halten Bauer/Messner (81 f.) an der in internationalen Verhandlungen allgemein anerkannten Strategie der Vorsorge fraglos fest, während Edenhofer (63) die These formuliert, dass das Vorsichtsprinzip nicht anwendbar sei, wenn mehrere Katastrophen zugleich abzuwenden seien, nämlich ein gefährlicher Klimawandel und tiefgreifende Störungen der Weltwirtschaft. Eine wechselseitige Stellungnahme wäre sicherlich erhellend.

Ebenfalls fällt auf, dass ethische Kategorien vielfach in einem recht weiten Verständnis gebraucht werden. Viele sachlich notwendige Entscheidungen werden als Wertentscheidungen gefasst (z. B. Bauer/Messner 81). Die ethischen Überlegungen dazu fallen jedoch knapp aus, was nicht zuletzt daran liegt, dass nur der katholische Sozialethiker A. Lienkamp einen genuin ethischen Beitrag verfasst hat, während sein evangelischer Kollege A. v. Scheliha primär – und durchaus lesenswert – eine EKD-Denkschrift zum Klimawandel vorstellt und kritisch diskutiert.

In etlichen Aufsätzen wird darüber nachgedacht, dass die sozialwissenschaftliche Forschung teils stärker ausgebaut, teils stärker beachtet werden müsse. Dies gilt, so ließe sich ergänzen, ebenso für die sozialetische.

Jochen Ostheimer, München



 *Die Moral der Energiewende*

Jochen Ostheimer, Markus Vogt (Hg.): *Die Moral der Energiewende. Risikowahrnehmung im Wandel am Beispiel der Atomenergie*, Stuttgart: W. Kohlhammer 2014, 240 S., ISBN 978-3-17-022933-4.

Nach der Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 wuchs das Unbehagen in der Bevölkerung und die damalige Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel zog mit dem Atom-Moratorium die politischen Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland. In dem vorliegenden Band beschäftigen sich die Autoren mit der ethischen Dimension der Energiewende und nehmen dabei vor allen Dingen die Atomenergie in den Fokus.

Inhaltlich lassen sich in dem Band drei Blöcke unterscheiden. Im ersten Teil beschäftigen sich die Autoren mit grundlegenden ethischen Aspekten rund um die Atomenergie. Außerdem gehen sie der Frage nach, inwieweit empirische Befunde dazu beitragen können, eine kohärente Bewertung hinsichtlich der Kernenergie vorzunehmen. Einer der Herausgeber, Markus Vogt, stellt in seinem Beitrag klar, dass sich dieses Unterfangen als durchaus schwierig erweisen kann. In Bezug auf die Opferzahlen von Tschernobyl attestiert er weiteren Forschungsbedarf, da die Angaben „zwischen wenigen tausend und einer Million“ schwanken. Bereits hier wird deutlich, wie kontrovers der Einsatz von Kernenergie diskutiert wird. Auf der einen Seite die Befürworter, die dazu neigen, niedrige Opferzahlen anzugeben, begünstigt durch den Umstand, dass viele Folgen atomarer Verseuchung häufig erst spät erkennbar sind. Auf der anderen Seite die Gegner, welche davon profitieren, öffentlichkeitswirksame Zahlen zu präsentieren, die das Ausmaß der Katastrophe numerisch eher überhöht darstellen. Weiter stellt Vogt heraus, dass innerhalb der christlichen Ethik zwar mehrheitlich eine kritische Sichtweise in Bezug auf die Nutzung der Kernenergie vorherrscht, eine abschließende Bewertung allerdings in enger Verknüpfung mit dem präferierten



Wohlstandsmodell steht. Bleibt es weiterhin bei der unauflösbaren Verknüpfung zwischen Wohlstand und energetischer, monetärer Zentrierung, führt „die moralische Ablehnung [...] atomare(r) und fossile(r) Energiesysteme unweigerlich“ in ein „sozialpolitisch nicht auflösbare(s) Dilemma“.

Im zweiten Block stehen wirtschaftliche und rechtliche Risiken im Fokus. In diesem Kontext unternimmt Jens Kersten den Versuch, die rechtlichen Bezugspunkte strukturiert darzustellen. Unter anderem geht er auf die Frage ein, wie sich die deutsche Gesellschaft als Risikogesellschaft konstituiert hat und welche ver-

fassungsrechtlichen Konsequenzen sich daraus ergeben. Konkret beleuchtet er den Zusammenhang zwischen der Neubewertung des Restrisikos durch die Bundesregierung und dem damit verbundenen Atomausstieg. Kersten untersucht dabei, inwieweit es rechtlich problematisch ist, dass durch den retardierten Ausstieg das Restrisiko vorerst Teil der deutschen Lebenswirklichkeit bleibt.

Im dritten Teil des Bandes stehen nochmals stärker „gesellschaftliche Kontexte“ im Mittelpunkt. So zeichnet Michael Schüring in seinem Aufsatz nach, wie sich kirchlicher Widerstand gegen die Kernenergie begründet und bettet diesen in die historische Entwicklung ein.

Insgesamt decken die Beiträge ein breites Spektrum verschiedener Sichtweisen und thematischer Einzelheiten ab. Der Leser wird differenziert über die ethischen Implikationen der Energiewende informiert, zudem wird er in fachlich fundierter Weise für wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen sensibilisiert. Diese Verbindung von Sachkenntnis und ethischer Reflexion ist m. E. essentiell, um das Ausmaß und die Mannigfaltigkeit der direkten und indirekten Folgen der Energiewende einordnen und einen Blick für die „Moral der Energiewende“ entwickeln zu können. Der Band ist insofern unbedingt empfehlenswert für jeden, der sich ein fundiertes Urteil dazu bilden möchte.

Benedikt Droste, Soest



Sozialprinzipien und Finanzverfassung

Markus Borzymiski: *Sozialprinzipien und Finanzverfassung* (Christliche Sozialethik im Diskurs Nr. 6), Paderborn: Schöningh 2014, 271 S., ISBN 978-3-506-77477-4.

Im Kontext der ökonomischen Finanzwissenschaft sowie des Öffentlichen Rechts ist eine Diskussion über die Verteilung der Finanzmittel im föderalen Staat verbreitet. Politische Konflikte in der Öffentlichkeit sowie einschlägige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts spielen hier eine Rolle. Hingegen hat die Thematik bisher in der Christlichen Sozialethik keine Aufmerksamkeit gefunden. Diesem Mangel will der beim Bistum Essen beschäftigte Autor mit dem vorliegenden Band, der auf eine Dissertation an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Mainz zurückgeht, abhelfen.

Die gegenwärtige Regelung zur Mittelverteilung in Deutschland wird 2019 auslaufen, so dass spätestens dann Neuregelungen erforderlich sind. Die sozial-ethischen Überlegungen können bei einer einschlägigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts anknüpfen, in der die Gerechtigkeitstheorie von John Rawls als Anhaltspunkt für eine Neuregelung vorgeschlagen wurde. Gerechte Maßstäbe der Mittelverteilung müssten gewissermaßen hinter dem berühmten „Schleier des Nichtwissens“ festgelegt werden. Die im Grundgesetz geforderte „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ zeige eine materielle Gerechtigkeitsforderung an.

Die Arbeit ist in Weiterentwicklung des Schemas „Sehen – Urteilen – Handeln“ in die Teile „Analyse“, „Synthese“ und „Operationalisierung“ gegliedert. Im ersten Abschnitt werden zunächst Überlegungen aus der Raumplanung und der ökonomischen Föderalismustheorie wiedergegeben. Im Anschluss daran findet eine Diskursanalyse der öffentlichen Meinung statt, um die Kontroversen, die sich auf den Länderfinanzausgleich beziehen, zu ordnen. Obwohl weniger als 2 % des gesamten Steueraufkommens im Länder-



finanzausgleich von Geber- zu Nehmerländern umgeschichtet werden, ergeben sich hier die emotional in der politischen Öffentlichkeit geführten Debatten.

Im zweiten Teil wendet Borzymiski die Rawls'sche Methodik des „Schleiers des Nichtwissens“ auf gerechte Regeln des föderalen Finanzausgleichs an. Welche Regeln der föderalen Finanzverfassung würden gewählt, wenn man nicht weiß, ob man in einem reichen oder armen Bundesland lebt? Dazu wird ein vierstufiges Schema entwickelt: Erstens sei zu sichern, dass zentrale Grundgüter für alle Bürger in einem Bundesland gewährleistet sind. Zweitens müssten eine faire Chancengleichheit und damit gleichwertige Lebensbedingungen garantiert sein. Drittens werde eine Ungleichverteilung im Bundesstaat zugelassen, um durch einen Wettbewerbsföderalismus das Wirtschaftswachstum zu erhöhen. Viertens seien Regeln einer gerechten Spar- und Investitionsrate bzw. einer Begrenzung der Schuldenaufnahme festzulegen. Ein kooperativer Föderalismus (Gleichheit des Zugangs zu Grundgütern) schließe einen Wettbewerbsföderalismus (Innovation und Wachstumsförderung) nicht

aus, so dass keine strikten Gegensätze vorhanden seien.

Im Anschluss daran werden die traditionellen Sozialprinzipien der Kirche, einschließlich des in jüngerer Zeit hinzu gekommenen Prinzips der Nachhaltigkeit, auf die Thematik angewandt. Dabei wird auch auf die kirchliche Sozialverkündigung hingewiesen, insbesondere auf die Enzyklika *Mater et magistra* (1961) von Johannes XXIII., die in den Abschnitten Nr. 150–152 die Problematik einer ungleichgewichtigen Entwicklung innerhalb eines Landes thematisiert. Mit Hilfe der Gerechtigkeitstheorie von Rawls und der Sozialprinzipien macht der Autor sich anschließend daran, konkretere sozialethische Anforderungen an Regelungen der föderalen Finanzverfassung zu formulieren. Dazu werden zwölf Maßstäbe einer gerechten Finanzverfassung herausgearbeitet, die sich sowohl aus Überlegungen der Gerechtigkeitstheorie von Rawls wie auch aus den Sozialprinzipien ergeben. Dies wird in einer Tabelle (S. 186) durch eine Gegenüberstellung veranschaulicht.

Anhand der entwickelten Maßstäbe wird dann im dritten Teil die bundesdeutsche Finanzverfassung analysiert. Wesentliche Bestimmungen des Grundgesetzes wie die Menschenrechte, das Rechtsstaats- und Sozialstaatsprinzip entsprechen den entwickelten ethischen Prinzipien. Problematisch erscheint, dass es keine strikte Verbindung zwischen der Aufgabenzuweisung an die Länder und einer gleichzeitigen Zuweisung von Finanzmitteln gibt. Ebenso wenig haben die Länder größere Gestaltungsmöglichkeiten, um eigene Einnahmen (z. B. durch einen Länderzuschlag zur Lohn- und Einkommenssteuer) zu erheben.

Am gegenwärtigen Finanzausgleichsmechanismus kritisiert Borzymiski

- dass das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen nicht hinreichend präzisiert und operationalisiert wird im Sinne der Bereitstellung von Grundgütern für alle Menschen.

- dass es zu wenig Anreize für die Länder gibt, durch Eigenanstrengungen die Wirtschafts- und damit die Steuerkraft ihrer Länder zu verbessern,
- dass die Bundesergänzungszuweisungen zwar berechtigt sind, aber nicht an konkrete Verwendungsnachweise gebunden werden und
- dass die Einnahmeautonomie der Länder (abgesehen von der Grunderwerbssteuer können sie praktisch keine Steuer selbst festlegen) zu gering ist.

In einem abschließenden Kapitel wendet er seine Überlegungen noch kurz auf die EU und ihre Mitgliedsstaaten sowie auf die Finanzverteilung innerhalb der Länder zwischen den Kommunen an. In seinem Schlusswort wird zudem kurz auf den Finanzausgleich innerhalb der deutschen katholischen Kirche von den reichen zu den ärmeren Diözesen (vor allem in den neuen Bundesländern) sowie innerhalb der Diözesen zwischen den Kirchengemeinden eingegangen.

Hier soll ergänzend noch auf zwei Aspekte hingewiesen werden: Erstens er-

folgt die regionale Verteilung der Mittel in Deutschland viel stärker noch über die Sozialversicherung (z. B. aufgrund unterschiedlicher Arbeitslosenzahlen), weshalb es Forderungen nach einer Regionalisierung vor allem bei den Krankenkassen gegeben hat. Auch wirkt sich aus, in welchen Bundesländern Bundesinstitutionen angesiedelt werden. Die Ausgaben des Verkehrsministeriums für Infrastruktur haben ebenfalls große Bedeutung, ebenso wie, jedenfalls in der Vergangenheit, die Auswahl der Bundeswehrstandorte und die damit verbundenen Rüstungsausgaben. Auch die regionale Streuung der Mittel des Bildungs- und Forschungsministeriums spielt eine wichtige Rolle.

Zweitens ist in der politischen Realität nicht immer klar, ob z. B. Bremen und das Saarland Opfer weltwirtschaftlicher Veränderungen sind (Kohle- und Stahlkrise bzw. Werftenkrise) oder die Ursachen ihrer finanziellen Misere in verschleppten Anpassungen an absehbar notwendige neue Strukturen liegen. Zudem sind Länder, die wirtschaftliche Probleme haben, häufig nicht fähig, die bereit stehen-

den Solidaritätsmittel abzurufen (Griechenland, Strukturfondsmittel aus Brüssel). Was soll man in Deutschland mit einem Bundesland (analog Europa, Kommunen) tun, das durch eigenes Fehlverhalten in einen Abstiegsstrudel gerät, bei dem aber die Bürger eine versagende Regierung trotzdem wiederwählen?

In der Arbeit wird aufgezeigt, dass das Instrumentarium, mit dem die Sozialethik üblicherweise arbeitet (z. B. die Sozialprinzipien), durchaus mit Erkenntnisgewinn auf Themengebiete angewandt werden kann, die bisher nicht im Blickpunkt der sozialetischen Reflexion standen. In diesem Fall konnte praktisch auf keine einschlägige sozialetische Publikation zum Thema zurückgegriffen werden. Dabei erbringt *Borzyski* mit seiner Arbeit den Nachweis, dass die Christliche Sozialethik zu Diskursen der Finanzwissenschaft, des Staatsrechts und der Politikwissenschaft sehr wohl einen sinnvollen Beitrag leisten kann.

Joachim Wiemeyer, Bochum

Internetethik

Martin Dabrowski, Judith Wolf, Karlies Abmeier (Hg.): Ethische Herausforderungen im Web 2.0, Paderborn: Schöningh 2014, 144 S., ISBN 978-3-506-77929-8.

Bei einem Buch, das den Titel trägt „Ethische Herausforderungen im Web 2.0“, kommen wahrscheinlich jedem Leser auf Anhieb Praktiken des Internets in den Sinn, die bewertet, eingeordnet oder gar auch sanktioniert werden sollten. Cybermobbing, Datenmissbrauch oder auch die Monopolstellung von Internetfirmen rufen immer wieder öffentlich geführte Debatten über den Zustand des weltweiten Netzes hervor. Der vorliegende Band befasst sich indes weniger mit Einzelfragen. Die Autoren suchen vielmehr nach Grundlinien einer Netz- bzw. Internetethik oder setzen sogar noch viel fun-

damentaler an, indem sie überlegen, auf welcher gesellschaftstheoretischen, philosophischen und auch theologischen Basis eine solche Ethik fußen sollte.

Das Buch dokumentiert die Referate und Korreferate einer dem Buchtitel gleichlautenden Tagung, die als Kooperationsprojekt der katholisch-sozialen Akademie Franz Hitze Haus, der Katholischen Akademie Die Wolfsburg und der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt wurde. Die wissenschaftliche Begleitung erfolgte durch das Institut für Christliche Sozialwissenschaften der Uni Münster und den Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre der Uni Bochum.

Die vier Hauptreferate, mit denen sich die Korreferate ergänzend, vertiefend mitunter auch sehr kritisch auseinandersetzen, zeigen alle auf, welchen

Wandel das Internet in allen Lebensbereichen hervorgerufen hat und welche Konsequenzen daraus nahezu folgerichtig erwachsen sind. Im Kern geht es dabei immer um veränderte Vorzeichen, die den einzelnen Bürger ebenso betreffen wie die Gesellschaft. Die Wissenschaftler wählen in ihren Herangehensweisen sehr unterschiedliche Ansätze.

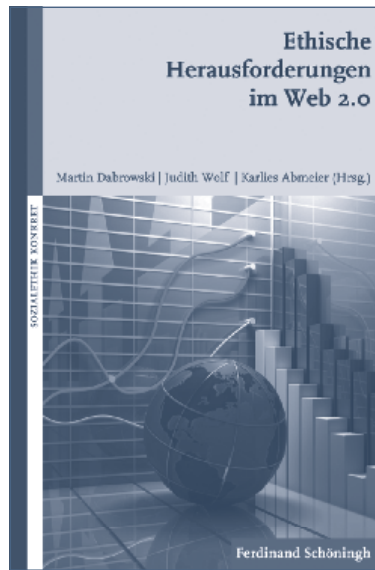
Die Münsteraner Wirtschaftsinformatiker Rainer Böhme und Pascal Schöttle analysieren unter dem Leitgedanken der Transparenz, dass der Internetnutzer auf Technologien im Netz nicht verzichten kann, die ihn äußerst leicht identifizierbar machen und er von sich mehr preisgibt, als gewünscht und meist auch als gewollt. Dass diese Techniken längst Eingang in eine Vielzahl von Alltagsgeräten haben, beispielsweise einem intelligenten



Stromzähler, bedeute eine Grenzüberschreitung. Nicht mehr nur die virtuelle, sondern auch die reale Welt werde zum Speicherort persönlicher Daten. Während es sehr wohltuend ist, dass die Verfasser die technischen Neuerungen anschaulich erklären, bleibt ihr Fazit am Ende doch eher blass, wenn es heißt, dass die Technik eine Transparenz ermöglicht, „wie sie vor dreißig Jahren noch als Fiktion erschien“. In den Ergänzungen geht Jessica Heesen vom Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (Tübingen) zunächst auf die Gefahr einer ständigen Überwachung ein, die eine solche Datentransparenz zur Folge haben könnte. Dagegen steht das Recht auf den Schutz der Privatsphäre, arbeitet die Autorin heraus, wobei sie es aber nicht bei dieser Kontrastierung belässt. Denn sie hebt darauf ab, dass auch die Folgen von Privatheit, die durch entsprechenden Schutz nach außen entsteht, fragwürdig sein können. Es bestehe die Gefahr einer Art Abschottung, die das Interesse an der Außenwelt und öffentlichen Belangen schwinden lasse. Oder es führe dazu, dass das private Erleben zum allein beherrschenden Faktor im Umgang miteinander wird. Die Autorin zitiert hier zur Veranschaulichung Richard Sennett, der von einer „Tyrannei der Intimität“ spricht.

Angesichts dieser gravierenden und galoppierenden Veränderungsprozesse mahnt Nicole Simon, Gründerin von Witas (Women in Tech and Startups), zur Eile, um ein neues Verständnis aller Bereiche unserer Gesellschaft zu entwickeln.

Das Tempo ist für den Münchener Medienethiker Alexander Filipovic nicht unbedingt maßgeblich, aber auch er setzt sich damit auseinander, dass aufgrund des Internets Werte bzw. Begriffe wie Freiheit und Authentizität neu zu bestimmen sind, natürlich stets im Lichte der Anforderungen des weltweiten Netzes. Dazu zitiert er unter anderem aus dem Impulspapier der Deutschen Bischofskonferenz „Virtualität und Inszenierung“. Darin heißt es beispielsweise, dass Authentizität auf das Internet gemünzt nicht nur die Würde des einzelnen Menschen einschließen soll, sondern



„ebenso für Aufrichtigkeit und Redlichkeit im menschlichen Miteinander, für die Stimmigkeit sozialer Beziehungen“. Besonders gelegen ist Filipovic auch an dem Kriterium der personalen Freiheit, die nach seinen Ausführungen bei der Entwicklung einer Netz-Ethik ebenso beachtet und im Verhältnis mit den Rechten der Anderen betrachtet werden sollte.

Welche Spannungsfelder sich auf-tun, wenn die Freiheiten im Netz aufs Tapet kommen, reflektiert die IT-Rechtsexpertin von der Uni Münster, Professor Dr. Franziska Boehm. Auf der einen Seite existiere wertvolles Gut, wie beispielsweise das Urheberrecht, das durch allzu freizügigen Umgang mit Texten, Bildern und Filmen in Gefahr gerate. Auf der anderen Seite habe ein Web ohne jedwede Filter oder Schranken zur Folge, dass (Kinder-)Pornographie ungehindert verbreitet werden könne. Wer aber hat am Ende das Recht zur Kontrolle und welches Recht soll überhaupt gelten? Boehm verdeutlicht an der konkreten Entwicklung in der jüngsten Zeit, welche Macht die Internetfirmen selbst schon in Fragen der Netzregulierung gewonnen haben, und betrachtet auch das Verhalten einiger Staaten im Umgang mit freier Meinungsäußerung im Netz. Da das Web nun mal global geworden ist, sollte eine Re-

gulierung nicht mehr bei den einzelnen Staaten, sondern am besten auf internationaler Ebene verortet sein, erklärt die Autorin. Da sich eine solche Lösung noch nicht abzeichnet, seien Initiativen, die es bereits von Nicht-Regierungsorganisationen oder vom Europarat gebe, ein wichtiger Zwischenschritt. Die Komplexität des Internets erfordert es aus Sicht von Tobias Wangermann (Konrad-Adenauer-Stiftung) ohnehin, das Verhältnis von Bürger und Staat neu auszuhandeln, und die Bochumer Kirchenrechtlerin Judith Hahn unterstützt Franziska Boehm darin, „eine Art Freiheitskatalog für Rechte von Internetnutzern“, analog zu den Grundrechten, zu schaffen. In der Formulierung eines Netzgesellschaftsvertrages sieht sie eine „professionell-politische sowie zivilgesellschaftliche Aufgabe“.

Auf diesen Ebenen gilt es nach den Ausführungen von Professor Dr. Christoph Bieber (Welker-Stiftungsprofessor für Ethik in Politikmanagement und Gesellschaft, Uni Duisburg-Essen), auch über die so genannte „digitale Spaltung“ nach-zudenken: Je mehr Menschen das Web nutzen, umso weniger ist mit dem Begriff der Spaltung die Kluft zwischen Usern und Nicht-Usern gemeint; vielmehr geht es zunehmend um die Chancengleichheit aller, an Informationen zu kommen. Oder anders gesagt: Es geht um eine Netzneutralität, die eine Gleichbehandlung von Daten unabhängig von ihrer Herkunft und Art bedeutet. Die derzeitige Realität zeige aber ganz deutliche „Verwerfungslinien“, so der Wissenschaftler, da die Zugänge unter anderem von der Qualität der verwendeten Technik oder von möglichen Filtern seitens der Informationsanbieter abhängig seien. Sollte am Ende das Einkommen der Nutzer über die Anwendung des Internets entscheiden, kämen wieder ökonomische Faktoren ins Spiel, erläutert Marvin Bender, Doktorand am Institut für Politikwissenschaften an der Uni Essen-Duisburg. Dabei schien es doch so, meint Bender, dass durch Flatrate-Angebote solche Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt wären.

Theo Körner, Dortmund

Soziales Europa?

Traugott Jähnichen, Torsten Meireis u. a. (Hg.): *Soziales Europa?, Jahrbuch Sozialer Protestantismus 7*, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2014, 327 S., ISBN 978-3-579-08056-7.

Im Jahr der Europawahlen liegt es nahe, das Schwerpunktthema Europa unter der sozialen Perspektive zu wählen. Der erste Beitrag von Johannes Eisenbarth und Katharina Wegner gibt einen guten Überblick über Entstehung und Entwicklung der europäischen Sozialpolitik, die gegenwärtige Rechtslage nach dem Lissabonner Vertrag sowie über zentrale Methoden und Bereiche der Sozialpolitik. Anschließend stellen Michael Hüther vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft und Gustav Horn von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung ihre kontroversen Sichtweisen dar zur europäischen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise sowie zu den notwendigen Reformschritten. Hüther verteidigt die unkonventionellen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank mit der Ankündigung eines unbegrenzten Ankaufs von Staatsanleihen. Er unterstützt die Formel „Hilfe gegen Reformen in den Schuldenländer“, lehnt aber weitergehende Vorschläge einer Vergemeinschaftungspolitik (z. B. Eurobonds, europäischer Schuldentilgungsfonds) ab. Er verweist auf die bisherigen Erfolge der Reformpolitik in Krisenländern, in denen die Lohnkosten stagnieren, die Exporte steigen und die Haushaltsdefizite reduziert werden. Neben der Konsolidierung der Staatshaushalte liege ein weiteres Problem in umfangreichen faulen Krediten innerhalb der Bankbilanzen. Hüther plädiert für eine Auslagerung zweifelhafter Forderungen in „Bad Banks“, die staatliche Garantien erhalten, die Forderungen verwalten und bestmöglich verwerten. Damit würden auch Notverkäufe zu Niedrigstpreisen vermieden. Für Problemstaaten wie Griechenland fordert Hüther ein stärkeres Eingriffsrecht der EU-Kommission. Eine politische Union hält Hüther für illusionär.



Gustav Horn geht der Frage nach, ob ein soziales und gerechtes Europa möglich ist. Er schildert zunächst die Ursachen, die zur Finanz- und Staatsschuldenkrise geführt haben, wobei er kritisch auf marktgläubige Ökonomen und auf wirtschaftspolitische Deregulierungen hinweist. Weiterhin geht er auf Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung in der Eurozone ein. Horn unterscheidet zwei Formen der Gerechtigkeit, nämlich einerseits eine Marktgerechtigkeit, die auf Leistung und Gegenleistung beruht, und zum anderen eine Gerechtigkeit, die sich an Rawls orientiert und auf Schwächere Rücksicht nimmt. Zur Lösung der Eurokrise schlägt er mehr Integration in Europa vor, was eine stärkere Vernetzung der Zivilgesellschaft voraussetze und eine Stärkung des Europäischen Parlaments zur Bedingung habe. Politisch solle über das Inflationsziel im Europäischen Parlament entschieden werden, die Lohnfindung solle stärker europäisch koordiniert werden, durch europäische Steuern solle eine stärkere Umverteilung erfolgen.

Eva Senghaas-Knobloch behandelt die Problematik der „Care-Arbeit“ in Europa und weist auf den Trend hin, in hochindustrialisierten Ländern dafür

zunehmend Migrantinnen heranzuziehen, die z.T. dann in ihren Heimatländern wiederum Migration aus noch ärmeren Ländern induzieren. Für Personen, die in Haushalten arbeiten, gebe es das ILO-Abkommen 189 über Mindeststandards in privaten Haushalten. In dem interessanten Beitrag werden weitere Überlegungen zur Gestaltung von „Care-Arbeit“ in Europa angestellt.

Wolf-Dieter Just beschäftigt sich mit „Sozialen Menschenrechten“ für Migranten. Er weist auf neuere Entwicklungen im Asyl- und Flüchtlingsrecht der EU ebenso hin, wie auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz. Er kritisiert die „Abschreckungspolitik“ der EU an den Außengrenzen und die schlechte Behandlung der Asylsuchenden, nachdem sie die EU-Grenzen überschritten haben. Die gesellschaftlichen Akzeptanzprobleme vermehrter Zuwanderung, die sich bereits in der EU-internen Binnenwanderung aus Bulgarien und Rumänien zeigen, und die sich im Wahlergebnis der Europawahl 2014 niedergeschlagen haben, sowie die geringe Aufnahmebereitschaft für Syrienflüchtlinge – abgesehen von Deutschland – werden von Just nicht thematisiert.

Torsten Meireis behandelt dann die Problematik eines „Sozialen Europas“. Dabei geht er zunächst auf die Frage ein, ob es ein europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell überhaupt gibt. Anschließend thematisiert er die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer wachsenden Anzahl von Arbeitsverhältnissen jenseits einer unbefristeten Vollzeitbeschäftigung (Prekarisierung) geführt habe. Dies habe sich besonders seit der Finanzkrise für ungeschützte Arbeitnehmergruppen negativ ausgewirkt. Aus sozialetischer Sicht sollten – so Meireis – vor allem die Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt in den Blick genommen werden, was eine stärkere Regulierung von Arbeitsverhältnissen bzw. eine Stärkung der Sozialpartner erfordere. Er spricht sich ebenfalls



für eine stärker sozial ausgerichtete europäische Integration und entsprechende Transfers aus.

Sylvia Losansky gibt dann kirchliche Stellungnahmen zur Zukunftsgestaltung Europas wieder, wobei viele dieser Appelle in ökumenischer Zusammenarbeit auf europäischer Ebene verfasst wurden. Anschließend behandelt Gerhard Wegner die Frage, ob es ein protestantisches Sozialmodell für Europa gibt. Wegner macht deutlich, dass die kirchlichen Stellungnahmen in der Regel kein Wirtschaftskonzept enthalten, sondern eine funktionierende Wirtschaft unterstellen, die lediglich noch sozial oder ökologisch korrigiert und ergänzt werden muss. Er führt Stellungnahmen der Kirchen aus Großbritannien und Skandinavien an, die sich für Arme einsetzen und einen „Marktfundamentalismus“ kritisieren.

Eine ungarische Perspektive bringt Sándor Fazakas ein, der nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden in Europa fragt und die schwierige Rollenfindung seiner reformierten Kirche nach dem Ende des Kommunismus beschreibt. Besonders spricht er das Problem „nationaler Identität“ im europäischen Kontext an.

Im Anschluss daran behandeln Hella Hoppe und Frank Mathwig die Frage eines Grundeinkommens anhand der

Schweizer Diskussion über diese Problematik. Sie kommen insgesamt zu einem kritischen Fazit, weil ein bedingungsloses Grundeinkommen aus dem Gesichtspunkt realer Freiheit nicht für jeden hinreichende Chancen eines selbstbestimmten Lebens verwirklichen könne.

Johannes Eurich und Christoph Schnabel behandeln Tendenzen der europäischen Sozialpolitik aus Sicht der Diakonie. Dabei werden Ansätze von „Sozialinvestitionen für Wachstum und sozialen Zusammenhalt“ geschildert und Herausforderungen für die Diakonie im Wandel einer stärkeren Marktorientierung sozialer Dienstleistungen beschrieben.

Der schwedische Soziologe Anders Backström behandelt dann die Problematik von Wohlfahrt und Werten in Europa unter dem Blickwinkel von Religion, Geschlecht und Minderheiten. Er berichtet über ein umfassendes europäisches Forschungsprojekt, in dem in ausgewählten Mittelstädten Europas die Bedeutung der Wohlfahrtsleistungen von Mehrheitsreligionen erfasst und das Verhältnis zu den Minderheitsreligionen erhoben wurden. Eine Reihe von Dokumentationen sowie Buchbesprechungen schließen sich noch an.

Hinsichtlich des Schwerpunktthemas Europa ist zu fragen, ob nicht bei all diesen Überlegungen die Grundbedingun-

gen einer leistungsfähigen Wirtschaft zu sehr vernachlässigt werden. Auch geraten die klientelistischen Sozialstrukturen (Süditalien), korrupte und ineffiziente Verwaltungsstrukturen vieler EU-Länder, die fehlende demokratische politische Kultur (Italien) oder eine schwache Zivilgesellschaft mit geringer politischer Vermittlungsfähigkeit nicht in den Blick. Wenn Hoffnungen auf eine stärkere Rolle des Europäischen Parlaments gesetzt werden, sind die formalen Verfahren (60 000 Bürger für einen Malteser oder Luxemburger Abgeordneten, 900 000 für einen Deutschen) ebenso problematisch, wie die häufig sehr geringe Wahlbeteiligung, der Zuwachs rechter Parteien sowie die Aufsplitterung in Kleinstparteien.

Wenn mehr europäische Solidarität gefordert wird, so zeigen die bisherigen Programme der Strukturfonds sowie auch neu aufgelegte Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, dass gerade die Länder, die diese Mittel am Nötigsten haben, sie gar nicht in Brüssel abrufen und sinnvoll verwenden. Auch das Staatsverständnis und der Umgang mit Rechtsregeln unterscheiden sich in den einzelnen EU-Ländern erheblich. Alle diese Faktoren haben gravierende soziale Konsequenzen, geraten in diesem Band jedoch nicht in den Blick.

Joachim Wiemeyer, Bochum

Ethik und Migration

Jonas Koudissa: Ethik und Migration. Das afrikanische Flüchtlings- und Migrationsproblem. Eine Herausforderung für Europa und Afrika (Forum Sozialethik 12), Münster: Aschendorff 2014, 312 S., ISBN 978-3-402-10639-6.

Der Band befasst sich mit afrikanischen Auswanderern aus den Ländern südlich der Sahara, die seit Jahren in großer Zahl versuchen, nach Europa zu gelangen. Bereits im ersten Kapitel gibt der aus Brazzaville (Republik Kongo) stammende und seit zwanzig Jahren in Deutschland lebende Autor einen informativen Über-

blick über die verschiedenen Sichtweisen auf Flucht und Migration, auf Vertreibung und Asyl sowie auf deren globale und regionale Dimensionen. Erläutert wird zudem die leitende konduktive Methode, der es vor allem darum geht, eine genaue Wirklichkeitswahrnehmung und -beschreibung in das bewertende Abwägen verschiedener Handlungsalternativen zu integrieren. Sie wurde von Dietmar Mieth entwickelt, der auch die Entstehung der Dissertation begleitet hat, die dieser Veröffentlichung zugrunde liegt, und mit der der Autor 2013 an Tübinger Katholisch-Theologischen Fakultät promoviert wurde.

Zwei Dinge machen diesen Band besonders empfehlenswert: Die sehr anschauliche und auf exemplarische Konkretion bedachte Präsentation der zugrunde gelegten empirischen Forschungsergebnisse und eine durchgehend leserfreundliche Sprache, die trotz der komplexen Anlage und der bedrückenden Thematik während der gesamten 300 Textseiten keinen Verdruss aufkommen lässt: Ein Buch, das trotz hoher Informationsdichte und bei aller Wissenschaftlichkeit auch für den Nicht-Wissenschaftler spannend zu lesen ist. Jonas Koudissa (JK) ist nicht nur katholischer Theologe und Priester, er



ist zudem gelernter Politologe und Sozialethiker. Seine in den 1990er Jahren verfasste politikwissenschaftliche Promotionschrift erschien unter dem Titel „Sind zentralafrikanische Staaten zur Demokratie unfähig?“. Zuvor hatte er sich jahrelang maßgeblich am Demokratisierungsprozess in seinem Heimatland beteiligt.

Die detailgenaue sozial- und politikwissenschaftliche Bestandsaufnahme (auch mit Hilfe eigener Feldforschung) zu den Motiven und Rahmenbedingungen (z.B. finanziellen), die für zentralafrikanische Migranten mitentscheidend sind, sowie zu den Folgen, die ihr Weggehen verursacht, bietet eine ergiebige Grundlage für die anschließenden theoretischen Überlegungen. Sowohl die „Grundzüge einer Theorie der gegenwärtigen afrikanischen Migration“ (Kap. 2) als auch die anschließende „Typologie der heutigen afrikanischen Migration“ (Kap. 3) können für den europäischen Leser dazu beitragen, Migration mit neuen Augen sehen: Was aus Sicht der aufnehmenden bzw. sich mit aller Macht abschottenden Länder als „Migrationsproblem“ daher kommt, stellt sich aus der Perspektive afrikanischer Auswanderer als Lösung ihres Problems dar. Angesichts der hohen Zuwanderungshürden in den entwickelten Ländern fragt JK: „Können die Erwartungen der aufnehmenden Gesellschaften allein ausschlaggebend sein, um darüber zu entscheiden, ob potentielle Migranten akzeptiert werden sollen oder nicht?“ (43). Seine Ausführungen im 5. Kap. („Europäische Lösungswege eines afrikanischen Problems“) münden einerseits in eine gut begründete Kritik am europäischen Sicherheits- und Abschottungsarsenal, insbesondere an der dazu geschaffenen Agentur FRONTEX, andererseits aber in ein Bedauern über die mangelnde Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern und den Auswanderern selbst: So werde das Potential unendlich vieler junger Menschen verschwendet, denen ihr Heimatland keinerlei Perspektive biete und die in Europa nicht wirklich ankommen könnten, weil sie dort gezwungen seien in Illegalität oder Arbeitslosigkeit zu verharren.



Das 6. Kap., das etwa ein Drittel des Buches umfasst, widmet sich „den Grundprinzipien einer christlichen Migrationsethik“. Zu Beginn werden noch einmal die sozialwissenschaftlichen und empirischen Ergebnisse zusammengefasst. Um nur einige dieser wichtigen Grundlagen im Sinne des Autors anklingen zu lassen (vgl. 177 ff.):

- Das so genannte „Mittelmeersyndrom“ (das Drama der Bootsflüchtlinge) wird überschätzt. Es zeigt allenfalls die Spitze des Eisbergs und sagt kaum etwas über „die dramatische Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen in Afrika südlich der Sahara“.
- Der Anteil afrikanischer Migranten an der weltweiten Gesamtheit grenzüberschreitender Migration beträgt etwa 9% und ist damit weit geringer, als meist angenommen wird.
- Zentralafrikanische Migranten tragen nachweislich mehr zum Wohlstand der Aufnahmeländer bei, als sie ihrerseits von diesen profitieren.
- Europa verstärkt die illegale Zuwanderung aus afrikanischen Ländern durch die enge Begrenzung legaler Einwanderung.
- Bisherige europäische Strategien beschränken sich auf die selbstbezogene Perspektive zur Lösung der „Migrati-

onsproblematik“. Unter den Gesichtspunkten der Menschenrechte, des freiheitlich-demokratischen Selbstverständnisses und einer christlichen Ethik sind die meisten nicht akzeptabel.

Ausgehend vom biblischen Umgang mit Fremden und in ausführlicher Diskussion mit einschlägigen Aussagen sozialphilosophischer und christlich-sozialethischer Autoren werden anschließend die Grundprinzipien der Menschenwürde, der Solidarität und der Gerechtigkeit auf die konkreten Herausforderungen angewendet, die sich durch die afrikanische Migration nach Europa ergeben. Ziel ist eine Begründung der Rechte, die afrikanischen Migranten in den Staaten Europas zugestanden werden müssten. In den Thesen des abschließenden 7. Kap. ist von diesen Rechten und realistischen Praxisansätzen zu ihrer Umsetzung die Rede, aber auch von Handlungsalternativen, die sich auf einen veränderten wirtschaftlichen Austausch zwischen Europa und den zentralafrikanischen Staaten sowie auf die Steuerung struktureller Verbesserungen in den Auswanderungsländern beziehen. Anhänge und Tabellen zu den empirischen Daten sowie ein ausführliches Literaturverzeichnis komplettieren den instruktiven Band.

Überraschend ist die hier eindrucksvoll und realitätsnah vermittelte Erkenntnis eigentlich nicht, und doch bedarf es der Anstrengung genauer Analyse, um sie in die Köpfe der politisch verantwortlichen Akteure wie auch ihrer Wähler zu bringen: Auf Dauer wird Europa nicht als Wohlstandsinsel bestehen können, die von einem Ozean der Armut umgeben ist. Der Königsweg aber zur Veränderung dieser Situation führt nicht über die Bekämpfung der Armut und schon gar nicht der Armen, sondern über den Aufbau gerechter Strukturen im wirtschaftlichen Austausch und über eine faire Durchlässigkeit der Grenzen, nicht nur für Waren und Geldgeschäfte, sondern zu allererst für die Menschen, ihre Kreativität und ihr Bedürfnis nach Integration.

Richard Geisen, Dortmund

Auswandererberatung und Auswandererfürsorge

Manfred Hermanns: Weltweiter Dienst am Menschen unterwegs. Auswandererberatung und Auswandererfürsorge durch das Raphaels-Werk 1871–2011, München: Pallotti 2011, 240 S., ISBN 978-3-87614-079-7.

Befremdlich, etwa aus afrikanischer Perspektive, ist Europas Abschottungspolitik vor allem angesichts der eigenen umfangreichen Auswanderungsgeschichte. Armut und Verzweiflung, die Hoffnung auf Arbeit und wirtschaftlichen Erfolg, aber auch die Angst vor politischer oder rassistischer Verfolgung sind im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts für mehr als 50 Millionen Menschen Motiv gewesen auszuwandern. Allein im Jahr 1891 – so lässt sich aus dem vorliegenden Band lernen – verließ etwa eine halbe Million Menschen Europa, mehr als die Hälfte davon wanderte über deutsche Häfen aus. An manchen Tagen schifften sich allein im Hamburger Hafen bis zu tausend Auswanderer ein, auf dem Weg in die „Neue Welt“. Entsprechend vermehrten sich die elenden Zustände in den europäischen Einschiffungs- wie auch in den amerikanischen Ankunftshäfen, vor allem aber in den oft hoffnungslos überfüllten Schif-



fen, die mit ihrer menschlichen „Fracht“ mehrere Wochen unterwegs waren. Bei der Betreuung und Unterstützung der Auswanderer aus Deutschland und anderen europäischen Ländern engagierten sich mehr und mehr auch die katholischen Laienverbände. Schließlich gründete der katholische Kaufmann Peter Paul Cahensly 1871 den St. Raphaels-Verein (heute Raphaels-Werk).

Im vorliegenden Buch zeichnet Manfred Hermanns die Geschichte des Werks mit beeindruckendem Kenntnisreichtum nach: Ausgehend von der frühen Auswandererfürsorge über die Internationalisierung des Raphaels-Werks und die Auswanderungshilfe für die Juden während der Nazi-Zeit bis zur Nachkriegsarbeit mit Flüchtlingen aus Osteuropa und der heutigen Beratungstätigkeit bei der innereuropäischen Arbeits- und Altersmigration. Hermanns stützt sich auf eine umfangreiche Materialauswertung, erschließt auch bisher unbekannte Quellen und kann schließlich mit dieser Schrift zugleich eine kleine Geschichte der europäischen Auswanderung und vor allem eine facettenreiche „Biographie“ des 150 Jahre alten Raphaels-Werks vorlegen. Die systematische und quellenkritische Darstellung dieser heute weithin unbekanntenen Organisation zur sozialen, pastoralen und auch politischen Sorge um die Nöte von Auswanderern kann aber auch gelesen werden als Anregung, derzeitige Einwanderer in Europa mit anderen Augen zu sehen. Eine empfehlenswerte und kurzweilige Lektüre.

Richard Geisen, Dortmund

